

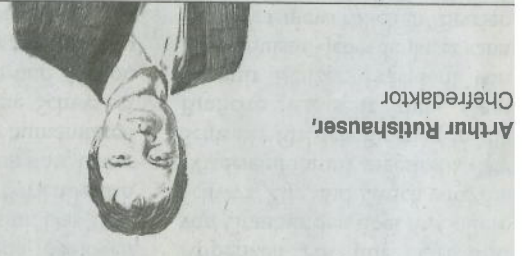
Die linken Schulpolitiker sind endlich aufgewacht

Das war nun wirklich überrällig. Nachdem die gesamte Linke die Kritik am Schulwesen jahre-

ang darauf beschränkt hat, über angeblich fehlende Mittel zu jammern, kommt nun aus dieser Ecke endlich wieder ein kritischer Ansatz inhaltlicher Art. Völlig zu Recht, denn vor bald zehn Jahren sprach sich das Volk mit überwältigender Mehrheit für eine Harmonisierung des Schweizer Bildungswesens aus. Die sogenannte Bildungsverfassung verpflichtet seither die Kantone und den Bund zur Koordination und Zusammenarbeit im gesamten Bildungsbereich. Schuleintrittsalter, Schulpflicht, Dauer und Ziele der Bildungssysteme, Übergänge im System und die Anerkennung von Abschlüssen sollten gesamtschweizerisch geregelt werden. Die Kantone sollten zwar die Schulhoheit behalten. Die Verfassung verpflichtet seither jedoch die Kantone und den Bund zur Zusammenarbeit. Alles in allem sollte das System vereinfacht werden, es sollte vor allem einfacher werden, wenn eine Familie mit Kindern von einem Kanton in einen anderen umzieht.

Es sollte einfacher werden, aber das Wirrwarr an den Schulen ist grosser denn je Doch das Gegenteil ist passiert. Das Wirrwarr ist grosser denn je. Die Kantone streiten sich untereinander mit viel Herzbildung und wenig Verstand. Die Verfassung wird nicht beachtet, sondern nur als Hindernis für eigene Interessen genutzt. Die Verfassung wird nicht mehr getrauen und eigene Tests durchzuführen.

Was es braucht im Volksschulwesen, ist eine Rückbesinnung auf das Wesentliche, auch und gerade bei der Harmonisierung der Systeme. Die Eckpfeiler sind klar: Wann man mit welcher Fremdsprache beginnen soll, müsste dazu gehören, denn wie soll sich sonst ein Kind in der neuen Schule zurechtfinden, wenn die Eltern den Kanton wechseln? Gleiches gilt für die Lernziele in Mathematik und in der Muttersprache. Dazu gehört auch der Zeitpunkt des Übertritts in die Sekundarstufe. Und jener ins Gymnasium und die Antwort auf die Frage, ob es dazu eine Prüfung braucht. Der Rest ist geregelt durch die Anforderungen an die Berufsabschlüsse oder die Matur. Doch all das haben die Bildungspolitikern Beamten nicht geschafft und stattdessen einen neuen Lehrplan mit 363 Kompetenzen und 2304 Kompetenzstufen für Nebensächlichkeiten erfunden. Für Schüler gäbe es bei so einem Resultat eine 2.



Chefredaktor Arthur Rutishauser, www.rutishauser.com/sonntagszeitung.ch

Leserangebot	— 64
Immobilien Kauf	— 46
Immobilien Miete	— 46
Ferien und Reisen	— 70
Kino	— 68
Veranstaltungen	— 68
Rendez-vous	— 70
Impressum	— 21

Diese Rechnung geht nicht auf

Nach der Kritik aus konservativen Kreisen kommt jetzt die Kampfansage der Linken: Für sie ist der Lehrplan 21 praxistauglich, viel zu teuer und politisch nicht legitimiert



Die grosse «Reformitis»: Umstrittene Reformen in Schweizer Schulen

«Wenn drei Leute im Raum sind und fünf rausgehen, dann müssen zwei hinein, damit der Raum wieder leer ist.» – Die Mengenlehre sollte den Mathematikunterricht in den 1970er-Jahren revolutionieren, trieb Schüler und Eltern aber eher zur Verzweiflung. Die Reform erreichte keines der versprochenen Ziele und wurde nach und nach aus den Schulzimmern verbannt.

Lesen durch Schreiben

«Lesen durch Schreiben» wurde Anfang der 1980er-Jahre vom Schweizer Reformpädagogen Jürgen Schwaninger entwickelt. Es lässt Kinder individuell und nach eigenem Tempo das Schreiben lernen. Rechtschreibregeln werden erst später gelehrt. Das führt zu teils katastrophalen Resultaten, vor allem schwache Schüler leiden darunter. Ähnlich ist die Kritik gegenüber dem Konzept «Schreiben nach Gehör».

Integrative Schöpfung

Seit gut zehn Jahren gilt das Prinzip, Kinder mit Behinderungen oder mit Lernschwierigkeiten nicht mehr in Sonder- und Kleinklassen zu unterrichten, sondern möglichst in die Regelklassen zu integrieren. Die anfängliche Begeisterung ist verflogen. Weil die Integration vielerorts Teil einer Sparübung war, fehlen nun oft die nötigen Ressourcen.

Nadja Pastega, Armin Müller

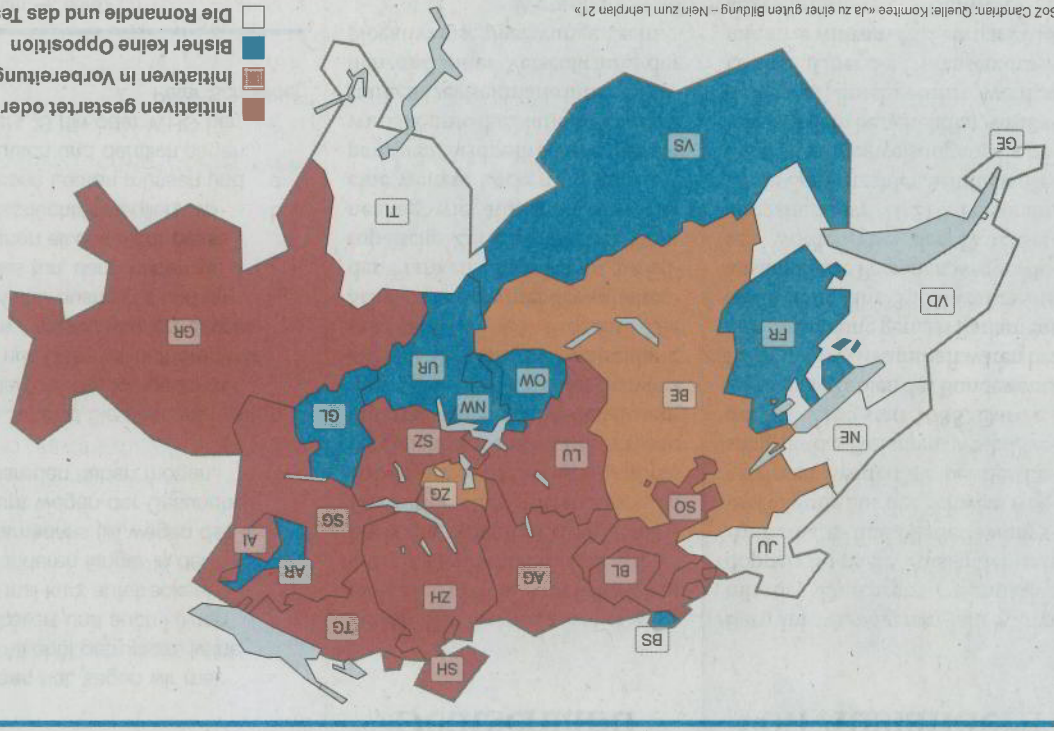
Bern Jetzt wird sogar Remo Largo der berühmteste Schweizer Erziehungsstrategieber, Kindertanz und Buchautor sagt: «Es ist höchste Zeit für das Eingeligen und nicht kindgerechten pädagogischen Irrweg eingeschlagen haben.» Kam die Opposition gegen den Lehrplan 21, das neue Regelwerk für die Schulen der Deutschschweizer Kantone, bisher in erster Linie aus der SVP, formiert sich nun auch breiter Widerstand aus liberalen und linken Kreisen. Eine Gruppierung von SP-Politikern, linksliberalen Profes-

soren und Lehrern schaltet sich mit einer 30-seitigen Streitschrift in die Debatte ein. «Einspruch!» lautet der Titel der Kampfbroschüre. Die Oppositionsgruppe agiert unter Federführung des Bieler Lehrers und GLP-Politikers Alain Pichard, der bereits das Lehrplankritische Memorandum «550 gegen 550» initiierte. Zum rund 20-köpfigen Autorenteam der Streitschrift gehören die Basler SP-Ständerätin Anita Fetz, der ehemalige Parteipräsident der SP Basel, Roland Stark, sowie Walter Herzog, emeritierter Professor am Institut für Erziehungswissenschaften der Universität Bern, und Roland Reichenbach, Zürcher Uni-

Öffentliche Debatte wurde nie geführt

Der neue Lehrplan werde durchgedrückt, «ohne dass irgendein Parlament oder eine demokratisch legitimierte Instanz dazu irgendein was sagen konnten», lautet die Kritik. Der neue Bildungsentwurf Professor und Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Bildungsforschung. Zu Wort melden sich auch die Politologin Beat Kappeler, der Philosophieprofessor Peter Bieri, Autor des Bestsellers «Nachtzug nach Lissabon», sowie Bestsellerautor Remo Largo.

Der neue Lehrplan werde durchgedrückt, «ohne dass irgendein Parlament oder eine demokratisch legitimierte Instanz dazu irgendein was sagen konnten», lautet die Kritik. Der neue Bildungsentwurf



Widerstand gegen Lehrplan 21 in den Kantonen

In 13 Kantonen wurden Volksinitiativen gegen den Lehrplan 21 gestartet. Bereits zustande gekommen sind sie in den Kantonen Zürich und Argau. Auch in Schwyz wurde sie bereits eingereicht, aber auf Antrag der Regierung für ungültig erklärt. da sie gegen «übergeordnetes Recht» verstosse. In St. Gallen ist eine Initiativ-Austritt aus dem Harmos-Konkordat zustandegewonnen, um auf diesem Weg die Einführung des Lehrplans 21 zu verhindern.

Die Romandie und das Tessin haben einen eigenen Lehrplan

Soz Candrian, Quelle: Komitee «Ja zu einer guten Bildung – Nein zum Lehrplan 21»